

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung im Haus 2,50 Mark, bei Zustellung durch die Boten 3,00 Mark, bei Postbestellung 3,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. (Sonderdruckungen sind nach Vereinbarung zu beschaffen.) Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die „Sachsen-Zeitung“ enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 62 - 83. Jahrgang. Tel.-Nr.: „Sachsenzeitung“ Wilsdruff-Dresden. Preis: Dresden 2640 Donnerstag 13. März 1924

## Hugo Stinnes — und der „Deutsche Offizier-Bund“!

Gewiß zwei ungleichartige Begriffe, die miteinander nicht viel zu tun haben. Hugo Stinnes ist ebensoviele Mitglied des DDB, noch dieser Mitinhaber auch nur des kleinsten der Stinnes'schen Werke. Es würde kaum jemals ein Anlaß sich aufgetan haben, diese beiden Begriffe (denn das sind beide) in einer Ueberschrift zu vereinigen, wenn nicht aus gerade uns, den gegenwärtigen Zeitgenossen, ein gültiges Geschick einen Mann in den Schoß gemorfen hätte, der sich wie kein anderer berufen fühlt, auch über die allerderschlichsten Begriffe vom Sturz der Reichswehr herab zu urteilen und seine Urteile selbst zu belegen. Dieser Mann — keine Schachweide von einem Stinnes zwar, aber ehemaliger Offizier — ist der Generalmajor Dr. h. c. Freiherr von Schoenaich.

Einem Teil der Leser der „Sachsen-Zeitung“ einem kleinen Teil, demjenigen, der aus der „Sachsen-Zeitung“ Vorgängerschaft hinübergewechselt ist (das sich die Leserzahl inzwischen verdreifacht, möge hier eingeschlossen werden), ist Herr von Schoenaich aus einem früheren Aufsatz ja wohl noch in Erinnerung. Sein „offener Brief“ an Hugo Stinnes fand damals die gebührende Beleuchtung. Das hat Herrn von Schoenaich zwar nicht abgehalten, noch einmal: „Herr Stinnes!“ zu verzapfen. Dieses zweite Geschrei übertraf das vorausgegangene aber noch daran an Geschmacklosigkeit, an Mangel des positiven Inhalts, an der Fähigkeit, zu urteilen, daß es nicht mehr zur Erörterung gestellt werden konnte. Damit glaubten wir, Herrn von Schoenaich als abgetan, erledigt betrachten zu sollen. Wie aber zuweilen persönlicher Mut, geschäftliche Tüchtigkeit, Energie, physische Kraft, Intelligenz und andere schöne Dinge da ihre sinnfällige Auswirkung finden, wo man sie am allermeisten wünscht, so ergab es auch Herrn von Schoenaich: er betritt in seinen Veröffentlichungen Gebiete, die sein Fuß sorgfältig zu meiden hätte.

In den „Dresdner Nachrichten“ von gestern tritt taucht Herr Generalmajor Dr. h. c. von Schoenaich wieder einmal an die Oberfläche. Nicht etwa durch eine eigene Veröffentlichung. Dafür würde sich die Zeitung kaum hergeben. Er wird dort auf seinen jüngsten „Schrei“ gehaart. Von Herrn Oberst a. D. Boethle. Und das dermaßen... Einem Aufsatze wegen: „Eine politische Macht erster Ordnung“, der in der „Sächsischen Staatszeitung“ gestanden hat. Darin hat Herr von Schoenaich den Deutschen Offizier-Bund in einer schmähslichen Weise angegriffen und diesem seine nationale Einstellung zum Vorwurf gemacht. „Eine politische Macht erster Ordnung“ nennt er den DDB und will dadurch die Augen (beinahe hätte ich „unserer“ geschrieben!) — der Führer der reichlichen und staatlichen Republiken Deutschlands auf ihn lenken. In welcher Absicht? — Sie wird am besten mit den Worten des Obersten a. D. Boethle gekennzeichnet: „Mit der Wiebergabe des ganzen Aufsatzes will ich die Leser nicht kränken... Auch wir wollen uns darauf beschränken, einigen Sätzen Schoenaichs die Antworten Boethles folgen zu lassen. Das genügt, um den gewesenen Generalmajor und seinen Dr. h. c. von Schoenaich auch von anderer Seite kennen zu lernen.“

v. S. h.: Die Forderung des unbedingten Vorkommnisses zur Monarchie (im DDB) ist nicht geschrieben, wohl aber stillschweigend anerkanntes Gesetz. Dadurch ist die Zugehörigkeit der Mitglieder des Bundes zu einer Rechtspartei einfache Ehrenfrage geworden.

Boethle: „Das ist nicht wahr! Daß die Mitglieder des DDB zum größten Teil den angestammten Monarchien treu geblieben sind, daß sie einer der politischen Rechtsparteien angehören, ist Tatsache; von den ehemals aktiven Offizieren gilt das durchweg. Das liegt daran, daß das der eingewurzelten Ueberzeugung der Mitglieder des DDB entspricht — und nicht jeder wechselt eine Ueberzeugung wie ein abgelegtes Hemd —, nicht aber daran, daß der Vorstand irgendwie darauf einwirkte, einen Prudensie zu üben. Er kennt die politische Einstellung der einzelnen Mitglieder gar nicht, fragt gar nicht nach ihr.“

v. S. h.: „Nur politische Borniertheit kann verkennen, daß die Reden, die auf Kriegerversammlungen und bei sogenannten Frontkämpfertagen, wobei als Front vielfach gleich Etappe oder höherer Stab zu sehen ist, nur Wasser auf die Mühlen des französischen Nationalismus sind. Das Traurigste dabei ist, daß die große Mehrzahl der alten vaterlandsliebenden Offiziere den Wahnsinn selbst erkennt, daß sie aber nicht den Entschluß finden, um auch dagegen zu kämpfen, weil sie die dann unausbleiblichen Anpöbelungen scheut.“

Boethle: „Der erste Satz spricht Bände; soweit wir alle! Daß wir uns hübsch duden, daß wir uns im das Wohlwollen der Gegner, in erster Linie der Franzosen bemühen, daß wir alles unterlassen, was dort irgendwie Anstoß erregen könnte, daß wir deshalb jede Aeußerung von Nationalgefühl unterdrücken, daß wir um Himmels willen uns nicht daran erinnern, auch einmal ein starkes, wehrhaftes Volk gewesen zu sein, daß wir die Hoffnung, den Willen weder gegen noch ausprechen, das noch einmal wieder zu werden — ja, das sind Forderungen, die nicht ganz neu sind. Seit dem Kriegsende tönt das ja von Links herüber. Hier aber ist's ein ehemaliger aktiver Offizier, der die Forderung aufstellt, wir sollten leiser treten, um

## Franzosen und Pfalzseparatisten an der gemeinlamen Arbeit.

### Neue Unterstützung der Franzosen für die Separatisten. — Ausweisungen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Speyer, 12. März. Das hiesige Büro der separatistischen rheinischen Arbeiterpartei unterhält eine direkte telefonische Verbindung mit der französischen Kaserne. — Der erste Staatsanwalt vom Landgericht Kaiserslautern Hüfner und der zweite Staatsanwalt Dr. Helmer, die wegen ihrer Weigerung, Ruhrgefangene im Gefängnis festzusetzen, vom Kriegsgericht zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, sind aus der Haft entlassen worden. Nach der Haftentlassung wurden sie ausgewiesen. — Der hiesige französische Bezirksdelegierte hatte von der Stadtverwaltung verlangt, daß sie auf ihre Kosten in den beiden Lokalbahnhöfen Rheinstation und Waldstation Reparaturen vornehmen lasse. Die Stadtverwaltung lehnte dieses Ansinnen zunächst ab, mußte schließlich aber doch die Reparaturrechnung bezahlen, da die Franzosen mit der Verhaftung des Bürgermeisters und anderen Repressalien gedroht hatten.

### Der Parocher Mordprozess vor dem Leipziger Staatsgerichtshof.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Leipzig, 12. März. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann am heutigen Mittwoh unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Weidner der Parocher Mordprozess gegen die Angeklagten Rudolf Höp, Bernhard Durich, Karl Zobel, Georg Pfeiffer, Willy Benz und Emil Wiemeyer, die beschuldigt sind, am 30. Mai d. J. den landwirtschaftlichen Arbeiter Walter Radow, welcher im Verdachte stand, ein kommunistischer Spion zu sein, mißhandelt und schließlich ermordet zu haben. Weiter sind noch 7 Angeklagte der Mithilfe beschuldigt. Es wird zunächst der Angeklagte Höp vernommen, der angibt, daß er Radow als Führer der Jugendbewegung kenne. Er habe auch erfahren, daß Radow früher Mitglied der kommunistischen Partei gewesen sei. Der Präsi-

dent fragt den Angeklagten: „Bestand bei den Robbachtenten nicht die Meinung, daß Spiegel bespiegelt werden müßten?“ Der Angeklagte erwidert, daß er hiervon nichts wisse. Darauf gab der Angeklagte Höp eine ausführliche Schilderung der Mißhandlungen des Radow. Daraus geht hervor, daß Radow in geradezu bestialischer Weise ums Leben gebracht worden ist.

### Dr. Schacht vor dem Währungsaußschuß

Paris, 11. März. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht verhandelte heute vormittag über verschiedene noch strittige Fragen, die mit den Statuten der Goldnotenbank zusammenhängen, nahezu drei Stunden mit dem Währungsaußschuß. Ein völliges Einvernehmen scheint noch nicht erzielt worden zu sein, denn Dr. Schacht ist geblieben worden, morgen nachmittag noch einmal vor dem Ausschuß zu erscheinen. Der Ausschuß wird bereits vormittag zusammentreten, um über seine definitive Stellungnahme zu beraten. Der zweite Sachverständigenaußschuß wird am Sonntag über die endgültige Fassung des Schlussberichtes beraten. Beide Ausschüsse werden ihre Schlussberichte bis Ende der kommenden Woche der Reparationskommission unterbreiten und ihnen gleichzeitig Begleitschreiben beilegen.

### Dr. Coßmann Mitglied der Saargebietregierung

Genf, 12. März. Zum saarländischen Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes anstelle des gegenwärtigen Erlahmannes für den ausgeschiedenen Dr. Pector ist der von der Regierungskommission des Saargebietes ernannte Präsident des Landrates Coßmann ernannt worden.

### Republikanisches Kabinett in Griechenland

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Athen, 11. März. Das Kabinett wird morgen definitiv gebildet werden, und zwar völlig aus Republikanern der republikanischen Union. Papandriou wird aelst Ministerpräsident nach neben der Ministerpräsidentenschaft auch das Finanzministerium und das der auswärtigen Angelegenheit übernehmen. General Koundellis wird Kriegsminister, Admiral Hadjiljakos Marineminister werden.

den französischen Nationalismus nicht zu reizen! Ich möchte wohl einmal eine Rede hören, wie sie der Herr Verfasser vor alten Feldsoldaten halten würde. Wenn er aber glaubt, die Mehrzahl der alten vaterlandsliebenden Offiziere teile seinen Standpunkt, so befindet er sich in einem schweren Irrtum. Er muß sich schon mit dem Gedanken vertraut machen, daß er mit seiner jetzigen Stellungnahme die Brücken zwischen sich und seinen früheren Kameraden abgebrochen hat.“

v. S. h.: „Statt dessen stellt sich ein angeblich gebildeter Mann, wie der Herr Henning, auf die Reichstagstribüne und beschimpft in unflätiger Weise das ganze französische Volk.“

Boethle: „Recht so! Nach der Behandlung, die unsern Kriegsgefangenen widerfahren ist, nach dem, was wir jetzt täglich an der Ruhr und in der Pfalz erleben, darf dem Deutschen der Horn ja nicht kräftige Worte eingeben! Immer diplomatisch, immer vorsichtig! Das ist deutsch! Das verlangt ein ehemaliger aktiver Offizier!“

v. S. h.: „Nein, Herr Dr. Stresemann, Ihre kluge Politik kann nur Erfolg haben, wenn Sie jeden Gedanken, den alten Offizieren in ihrer heutigen politischen Einstellung wohlzugefallen, kurz einschloßen über Bord werfen.“

Boethle: „Oh, du sprichst Wunder“, sagt Shakespeare. Das hat man ja noch gar nicht gewagt, daß Herr Dr. Stresemann bei seiner Politik nach dem Wohlgefallen der alten Offiziere schießt! Hoffentlich hilft diese Mahnung.“

Zum Schluß sagt Herr Oberst Boethle: „Der Vorwurf der politischen Betätigung trifft den DDB in keiner Weise; er hat es verstanden, sich mit musterhafter Objektivität von jeglicher Politik fernzubehalten. Eins aber hat er nie bestritten: er ist national gesinnt, will es sein und bleiben, und verlangt nationale Gesinnung auch von seinen Mitgliedern. Sich im nationalen Sinne zu betätigen, darin wird er sich auch durch diesen Aufsatz nicht im mindesten lösen lassen, und das fordern seine Mitglieder von ihm. Vielleicht denkt der Herr Verfasser einmal über den Unterschied zwischen Nationalgefühl und politischer Einstellung nach.“

Vor vortrefflichen Absicht, die Herr Oberst Boethle dem Herrn Generalmajor zuteil werden läßt, ist nichts hinzuzufügen. Wenn Herr von Schoenaich an das Ende seines zweiten „offenen Briefes“ die anreizenden Worte setzt: „Worauf warten Sie, Herr Stinnes?“, so möchte man auch ihm zurufen: „Sprechen Sie, Herr General, so einmal vor einem Trupp alter Frontkämpfer!“

Auf eines aber soll hier noch hingewiesen werden: Der Abdruck des Schoenaich'schen Aufsatzes in der „Sächsischen Staatszeitung“ läßt ja die politische Einstellung des Verfassers sofort erkennen. Wie aber das Nachlesen des Aufsatzes in dieser Zeitung beweist, ist er einer anderen Zeitung nachgedruckt. Diese andere Zeitung aber ist „Die Welt am Montag“ des, ab,

so bekannten Herrn Hella von Gerlach. Sinds schon der Worte vier als Träger dieses Zeitungstitels, so sollte es auf eines mehr gewiß nicht ankommen. Auf eine Titeländerung kommt es bei gewissen Zeitungen ja ebensoviele an wie auf eine Aenderung der Gesinnung bei gewissen Leuten. Dann soll Herr Hella sein Blatt mit dem Titel versehen, der ihm inhaltlich eher zusteht: „Hier kann Schutt abgeladen werden.“ Wie sagt Grete in Martens Garten zu Faust?

„Es tut mir lang schon weh,  
Daß ich dich in der Gesellschaft seh.“

Daß sich Herr Generalmajor von Schoenaich in die Gesellschaft Hellos begab, kann aber einen Deutschgesinnten weder schmerzen noch wundern.

## Sächsischer Landtag.

Dresden, 11. März.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst eine kurze Anfrage der Demokratischen Fraktion: Durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. November 1923 ist den Gemeinden aufgegeben worden, das Vertragsverhältnis mit den selbständigen Nahrungsmittelhändlern für den 30. Juni 1924 zu kündigen, da vom 1. Juli ab die gesamte Lebensmittelüberwachung ausschließlich an die beiden staatlichen Untersuchungsstellen Leipzig und Dresden übergeben werden soll. Ist die Regierung bereit, diese Verordnung aufzuheben bzw. abzuändern, daß Häften verniedert und Bedenken beseitigt werden? Ministerialdirektor Freund beantwortet die Anfrage dahin, daß die bisher übliche Lebensmittelkontrolle zu Nachteilen geführt, deshalb sei die Verordnung erfolgt. Das Einzelinteresse müsse dem Gesamtinteresse weichen.

Weiter stehen zur Beratung der Gesetzentwurf über die Ausbringung der Kosten bei Zusammenlegung von Grundstücken und der Antrag Dr. Kaiser und Genossen (DDB) betreffend Aenderung des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken. — Abg. Dr. Hübschmann (DDB) beantragt, den Antrag der Regierung als Material zu überweisen. Nach kurzer Aussprache wird das Gesetz gegen die Stimme der Kommunisten angenommen und der Antrag als Material überwiesen.

Eodann begründet Abg. Renner (Rom.) den Mißtrauensantrag seiner Fraktion gegen den Finanzminister. Verursacht sei der Antrag durch die Maßnahmen des Finanzministers zur Befestigung des Achtstundentages in den staatlichen Unternehmungen. Der Finanzminister vertritt nicht die Interessen der Arbeiterchaft, sondern der Kapitalisten. Er sollte lieber die Vorschläge der Betriebsräte befolgen. (Heiterkeit.) — Abg. Beutler (Dn.) erklärt, das Verhalten des Finanzministers, das die Grundlage des Mißtrauensvotums bilde, werde von seiner